Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Herrn Dr. Andreas Tietze, Vorsitzender

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6001

Per E-Mail an Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Padborg, 05.07.2021

Ihr Schreiben vom 28.06.21 / Drucksache 19/3034

Sehr geehrter Herr Dr. Tietze,

herzlichen Dank für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung eine Stellungnahme abgeben zu können. Diese bezieht sich vorrangig auf unter Punkt 2b dargestellten Themen:

Die Region Sønderjylland-Schleswig führt seit 2004 die Grenzpendlerberatung durch. Eine scharfe Trennung der Ratsuchenden nach Wohn-/ bzw. Arbeitsort war und ist nicht möglich. Aus diesem Grund haben wir eine langjährige Erfahrung mit den Beratungsbedarfen auch in der Fehmarnbelt-region. Seit 2020 fördert das Land Schleswig-Holstein die Beratungsarbeit und insbesondere den Aufbau eines Beratungsangebots in und für die Fehmarnbeltregion.

Weiterhin führt die Region Sønderjylland-Schleswig gemeinsam mit der Region Sjælland seit Januar 2020 ein Projekt durch, das konkrete Beratungstätigkeiten und die längerfristige Planung von Beratungsaktivitäten zum Ziel hat. Aufgrund der vielfachen Einschränkungen durch die Pandemie werden die Projektaktivitäten derzeit neu geplant.

Auch wir gehen von einem Anstieg der Arbeitskraftmobilität durch die feste Beltquerung aus – sowohl auf lange Sicht, als auch vor allem zeitnah während der Bauphase. Die Beratungsinhalte können hier sehr unterschiedlich sein, da sowohl Zielgruppe als auch Rahmenbedingungen andere sein können. Auch hierzu sind wir im Dialog mit den zuständigen Stellen.

Eine Stärkung sowie Ausweitung der Grenzpendlerberatung ist aus unserer Sicht grundsätzlich unterstützenswert. Nicht zuletzt aufgrund unserer Erfahrungen, aber auch aufgrund von verschiedenen Abstimmungen zwischen der Landesregierung und den Regionen Sjælland und Syddanmark ist zu unterstreichen, dass keine zusätzlichen Strukturen geschaffen werden sollten, um die für die Arbeit erforderlichen Kompetenzen gebündelt an einer zentralen Stelle halten zu können.

Weiterhin ändert sich – auch verstärkt durch die Pandemie- das Nachfrageverhalten der Arbeitnehmer seit geraumer Zeit hin zu telefonischen und schriftlichen Anfragen. Dies hat auch Auswirkungen auf neue bzw. anzupassende Beratungsangebote. Die stärkere Nutzung digitaler

Kommunikationskanäle und die bedarfsorientierte Anpassung der Angebote vor Ort sind hier nur beispielhaft zu nennen.

Abschließend sei erwähnt, dass eine Einbeziehung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der über Rostock auf dem Seeweg nach Dänemark einpendelnden deutschen Arbeitnehmer, in die Überlegungen einbezogen werden könnte.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hansen